

STUTTGARTER ZEITUNG

Heute mit Ihrem Fernsehmagazin



Nr. 144 | 26. Woche | 65. Jahrgang | E 4029 | D

Freitag, 26. Juni 2009

A = € 2,10 B/F = € 2,50 I = € 2,20 sfr 3,80 | 1,60 €



Wolfgang Schäuble zur Koalition

„Bin froh, wenn Schluss ist“

Der Innenminister im Interview: Das Bündnis mit der SPD kommt an die Grenze – Kompromisse werden schlecht vermittelt. SEITE 4

Unvollendeter Dialog



Islamkonferenz Das Ringen um Verständigung lohnt jede Mühe. Von Armin Käfer

Um die Bilanz mit einem Blick in die Zukunft zu beginnen: natürlich ist das Anliegen der Islamkonferenz mit dem vierten und vorerst letzten Treffen keineswegs erledigt. Wir stehen erst am Beginn einer Verständigung mit und zwischen den Muslimen in Deutschland. Jede künftige Bundesregierung wird gut beraten sein, diese Institution, diese Form des Dialogs fortzusetzen. Denn so lobenswert die Einrichtung als solche ist, so bescheiden sind die bisher erreichten Ergebnisse. Bis jetzt handelt es sich vor allem um Formelkompromisse, um Deklarationen. Was sie nützen, muss die Praxis zeigen.

Die Islamkonferenz ist die überfällige Antwort auf jahrzehntelange Versäumnisse der deutschen Gesellschaft und ihrer Repräsentanten, welcher politischen Couleure sie auch immer angehören mögen. Die Rede ist von der schlichten Weigerung, sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass ein (rasch) wachsender Anteil der Menschen, die in unserem Lande leben, muslimischen Glaubens ist – oder zumindest von islamischen Traditionen geprägt. Die rot-grüne Regierung hatte sich damit begnügt, diese Entwicklung multikulturell zu verbrämen. Ihre Ignoranz hinsichtlich der Probleme, die sich daraus ergeben, ist eine der großen Unterlassungssünden jener Zeit.

Man kann es als Ironie der Zeitgeschichte begreifen, dass nicht etwa bekennende Multikulturalisten, sondern ausge-rechnet konservative Politiker die Bemühungen um eine verbesserte Integration überhaupt erst in Gang gebracht haben. Bundespräsident Horst Köhler hat früh auf gravierende Mängel hingewiesen und die Untätigkeit der Politik gerügt. Der ob seiner strikten Ansichten häufig gescholtene Innenminister Wolfgang Schäuble hat schließlich die Islamkonferenz ins Leben gerufen, wohl das wichtigste gesellschafts-politische Projekt dieser Regierung. Er prägte auch das große Wort vom „deutschen Islam“ – ein Signal gegen Entfremdung und Ausgrenzung, ein Bekenntnis zu gemeinsamen Interessen und Fundamenten, ein Mahnruf, der Verständigung und Selbstbesinnung einfordert.

Deutscher Islam? Es ist die schiere Zahl, die den Begriff rechtfertigt: Inzwischen leben vier Millionen Muslime in Deutschland. Viele werden diesen Staat als ihre neue Heimat betrachten, die allermeisten wollen jedenfalls hier bleiben. In manchen Stadtvierteln und nicht nur in dem dafür berüchtigten Kreuzberg gibt es mehr Muslime als Christen. Das gilt auch für viele Großstadtschulen und Kindergärten. Zwei Millionen Muslime sind bereits Deutsche. Während die angestammte Bevölkerung schrumpft, wird ihre Zahl zunehmen und damit auch ihr gesellschaftliches Gewicht, ihre politische Relevanz.

Der deutsche Islam lässt sich nicht mit stereotypen Bildern beschreiben. „Den“ Muslim gibt es nicht. Hinter dem Etikett verbergen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung: Strenggläubige und liberal Gesinnte, Kopftuchträgerinnen und westlich Gewandete. Eine aktuelle Studie zeigt, dass die meisten Muslime in Deutschland sich nicht vorrangig am Koran orientieren. Und die zentralen Probleme im Zusammenhang mit der muslimischen Minderheit haben weniger mit Religion als mit Tradition, Erziehungsstilen und sozialen Defiziten zu tun.

Diese Probleme sind das eigentliche Thema der Islamkonferenz. Eine Harmonieveranstaltung sollte es nicht werden, das war nie im Sinne des Erfinders Wolfgang Schäuble. Darin ist er zu bestärken. Eine Verständigung über die Regeln des Zusammenlebens verlangt Toleranz und gegenseitigen Respekt. Sie kann sich nicht an Verhaltensmustern des orientalischen Mittelalters orientieren, nicht am Ehrenkodex patriarchalischer Gesellschaften, sondern einzig an den Werten der Aufklärung. Immerhin, ein Anfang ist gemacht.

Wirtschaft
Drogeriekönig Erwin Müller kämpft verbissen um sein Reich SEITE 12

Kultur
Krise und Krimi: Schorlau und Steinfest im Gespräch SEITE 33

Sport
Der Tübinger Armin Huber und das härteste Radrennen der Welt SEITE 42

Oettinger will für Porsche kämpfen

Obwohl die Bundesregierung den beantragten staatlichen Kredit für Porsche ablehnt, will Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) weiter für das notleidende Unternehmen kämpfen. Er stößt dabei aber auf energischen Widerstand von Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). Auch Porsche selbst hofft noch auf einen Kredit der KfW. Die Bundesregierung betonte gestern, das Stuttgarter Unternehmen könne einen neuen Antrag stellen. Aus Verhandlungskreisen hieß es aber, auch in diesem Fall bestünden geringe Chancen, dass der Sportwagenbauer Geld von der KfW bekommt. Nach Recherchen der STZ liebäugelt das Emirat Katar mit einem Einstieg bei VW. Dafür könnten die Araber Porsche seine Optionen auf den Kauf von VW-Aktien abkaufen. Porsche selbst könnte dadurch seine Schulden vermindern. - Oettinger gibt nicht auf SEITE 11

Umstrittenes Konzert

Heute Abend werden in der Stuttgarter Schleyerhalle Tausende Kroaten dem umstrittenen Popstar Marko Perkovic zuzuhören. Der kroatische Staatspräsident Stjepan Mesić wirft dem Sänger Verharmlosung des Faschismus vor. SEITE 23

Patienten müssen zahlen

Millionen gesetzlich Versicherte in Deutschland müssen auch künftig bei Arztbesuchen die Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal entrichten. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts verstößt sie nicht gegen das Grundgesetz. SEITE 5

Platzverweis für Alkohol

Die baden-württembergische Landesregierung will im Juli das nächtliche Verkaufsverbot für Alkohol in den Landtag bringen. Einige Städte im Südwesten können es kaum erwarten und planen weitere Verbote in eigener Hoheit. SEITE 6

Wetter SEITE 10



Börse SEITEN 15, 16

- Dax 4800,56 Punkte (-0,73%)
- Dow Jones 8472,40 Punkte (+2,07%)
- Euro 1,3940 Dollar (Vortag: 1,4029)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



Wieder Tote bei Anschlägen in Bagdad

Terror Vor dem Abzug der US-Truppen aus den irakischen Städten wächst die Angst vor einer Rückkehr des blutigen Kriegs.

Bei einem Bombenanschlag in Bagdad sind am Donnerstag nach Polizeiangaben sieben Menschen getötet und 31 verletzt worden. Der Sprengsatz detonierte an einer Bushaltestelle in einem schiitischen Stadtviertel im Südwesten der irakischen Hauptstadt. Bei mehreren weiteren Anschlägen in Bagdad kamen zwei Menschen ums Leben. Weitere 32 Iraker wurden nach Angaben der Polizei verletzt. Zuletzt wurden in Bagdad bei einer ganzen Serie von Anschlägen vor allem in schiitischen Stadtteilen zahlreiche Menschen getötet. Auch in anderen Landesteilen nahm die Zahl der Anschläge wieder zu. Beobachter sehen einen Zusammenhang mit dem Abzug der US-Kampftruppen aus irakischen Städten bis zum 30. Juni. Dies ist die erste Stufe des Abzugs der amerikanischen Kampftruppen aus dem Irak, der bis Ende 2011 abgeschlossen sein soll.

Die jüngsten Anschläge nähren Befürchtungen, dass auch bis vor kurzem eher friedliche Gebiete destabilisiert werden könnten. In der westlichen Stadt Falludscha, die nach der Gründung lokaler Bürgerwehren zum Kampf gegen den Terror zu einem der ruhigsten Orte des Landes geworden war, kamen fünf Soldaten der irakischen Armee ums Leben. Ein Sprengsatz detonierte neben ihrer Patrouille. Neun Soldaten erlitten nach Angaben aus Sicherheitskreisen Verletzungen.

Die Zahl der Todesopfer der Explosion auf einem Markt im Schiitenvorort Sadr-City stieg unterdessen auf 74. Ein Sprecher

der Sicherheitskräfte sagte, 150 Menschen seien durch den Anschlag am Mittwochabend verletzt worden. Ein Augenzeuge hatte berichtet, die Bombe sei unter einem mit Obst beladenen Motorrad versteckt gewesen. Es war einer der schwersten Anschläge in diesem Jahr in der irakischen Hauptstadt. Der schiitische Prediger Muk-tada al-Sadr hatte nach dem Anschlag in dem von Schiiten bewohnten Ort Tase am vergangenen Samstag, bei dem ebenfalls mehr als 70 Menschen getötet worden waren, die „US-Besatzer“ für den Terror verantwortlich gemacht.

In der Bevölkerung wächst der Unmut über die vermeintliche Untätigkeit der eigenen Sicherheitskräfte gegen Terroristen. Auch die grassierende Korruption wird von immer mehr Irakern kritisiert.

In einer in Bagdad veröffentlichten Erklärung des Kommandeurs der US-Truppen im Irak, General Ray Odierno, und des US-Botschafters Christopher Hill hieß es zu dem Anschlag: „Wir bleiben standhaft in unserer Unterstützung für das Volk und die Regierung des Irak und für ihre Bemühungen um Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie.“ Am Dienstag sollen die US-Truppen ihre letzten Militärstützpunkte in den Städten und Dörfern räumen und sich auf Stützpunkte außerhalb der Ortschaften zurückziehen. Ein Sprecher des Weißen Hauses ließ keine Zweifel daran, dass das Datum eingehalten wird. dpa/AP

- Tagesthema SEITE 2
- Kommentar: Herausforderung SEITE 3

Dresden verliert Welterbetitel

Das Dresdner Elbtal verliert wegen des Baus der umstrittenen Waldschlösschenbrücke nach fünf Jahren seinen Welterbetitel. Das teilte die deutsche Unesco-Kommission in Bonn mit. Aus Sicht der Unesco wird die Brücke das Elbtal irreversibel zerschneiden und die Kulturlandschaft mit ihren Flussauen zerstören. Die Entscheidung traf das Unesco-Welterbekomitee nach längerer Beratung bei seiner Sitzung in Sevilla. Damit wird erstmals einer Kulturstätte das begehrte Gütesiegel der UN-Kulturorga-nisation aberkannt. Die Bemühungen, dem Wattenmeer den Status des Weltkulturerbes zu verleihen, dauern an. - Schutz für Wattenmeer gefordert SEITE 22
- Unesco kennt kein Pardon SEITE 34

Luff



... bloß nach Afghanistan.

Eine Sonnenbrille wird zum Politikum

Der jüngste Spesenskandal in Großbritannien hat das Land in Aufruhr versetzt. Offenbar geht es aber auch in den Niederlanden nicht besser zu. Dort entpuppten sich jetzt Minister als Spesenritter – trotz üppiger Gehälter.

Es sind oft Kleinigkeiten für private Dinge, die auf Staatskosten abgerechnet werden. Finanzminister Wouter Bos will aus Steuergeldern den Verlust seiner Sonnenbrille ersetzt bekommen, die er angeblich auf einem der letzten Finanzministertreffen der EU irgendwo liegen ließ. Um die Ausgaben für die neue Sonnenbrille gegenüber seinen eigenen Beamten im Finanzministerium legitimieren zu können, ging Bos sogar noch zu Polizei und erstattete Anzeige wegen Diebstahls. Die Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Jet Bussemaker, schenkte einer Freundin eine Karte für eine Theatervorstellung für 44,20 Euro. Die Staatssekretärin scheute sich nicht, diesen überschaubaren Betrag von ihrem Ministerium zurückzufordern. Innenministerin Guusje ter Horst mietete im historischen Hotel New York in Rotterdam die teuerste Suite. Auch diese Kosten machte sie geltend. Unklar ist: hat sie dort privat oder in

Affäre Auch die Niederlande haben jetzt ihren Spesenskandal. Von Helmut Hetzel

dienstlicher Mission genächtigt? Justizminister Ernst Hirsch Ballin wiederum ließ alle seine Beiträge für Mitgliedschaften in wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und juristischen Vereinigungen vom Staat bezahlen.

Die Liste wurde von der Zeitung „De Telegraaf“ publiziert, der die Spesenritterbelege der Minister im Original vorliegen. Nun wollen der „Telegraaf“ und viele Niederländer wissen, wie viel Steuergelder die Minister eigentlich für Privatausgaben ausgeben. Denn die Kreditkartenabrechnungen der Minister sind geheim. Sie sollen nun für die Öffentlichkeit zugänglich sein, fordert der „Telegraaf“. Zumal inzwischen durchgesickert ist, dass ein Minister in einem Haager Nobelhotel einen vierstelligen Eurobetrag mit der Kreditkarte seines Ministeriums abgerechnet hat.

Aber es gibt auch Ausnahmen. Auf dem Spesenkonto von Ministerpräsident Jan Peter Balkenende steht tatsächlich ein Saldo von null. Ist Balkenende nun besonders clever oder wirklich so ehrlich – das ist die Frage, die sich nun so mancher Niederländer stellt.